

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Gubener Wasser- und Abwasserzweckverband (GWAZ) gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Die vorliegende allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten gibt Auskunft über die informationspflichtigen Angaben, die für alle Verarbeitungstätigkeiten des Verantwortlichen zutreffend sind.

1 Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

1.1 Verantwortlicher

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DS-GVO ist der

Gubener Wasser- und Abwasserzweckverband (GWAZ)
Kaltenborner Straße 91
Telefon: 03561 4382-0
E-Mail: info@gwaz-guben.de

1.2 Datenschutzbeauftragte

Der Verantwortliche hat eine Datenschutzbeauftragte gemäß Art. 37 DS-GVO benannt:

Datenschutzbeauftragte
Kaltenborner Straße 91
Telefon: 03561 4382-23
E-Mail: datenschutz@gwaz-guben.de

2 Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Die Daten werden zu nachfolgenden benannten Zwecken verarbeitet:

- zur Anbahnung, zum Abschluss bzw. zur Durchführung eines Versorgungs- und/oder Entsorgungsvertrages
- zur Erstellung von Rechnungen, Gebühren- und Beitragsbescheiden
- zur Zusendung von Informationen
- zur Erstellung von Angeboten für die Herstellung von Anschlüssen an das öffentliche Trinkwasserver- und Abwasserentsorgungsnetz
- zur Erstellung und Verwaltung Ihrer Kundenakte
- zur Erstellung und Verwaltung von Verträgen mit Vertragspartnern
- zur Erstellung und Verwaltung Ihrer Verbrauchsstelle/n
- zur Erstellung und Verwaltung Ihrer Grundstückdaten
- zur Erstellung und Verwaltung Ihrer Zählerdaten
- zur Abwicklung und Durchsetzung von Zahlungsverpflichtungen/-ansprüchen
- zur Erarbeitung von Stellungnahmen und Genehmigungen
- zur Bearbeitung Ihrer Anfragen/ Ihres Anliegens
- zur Weitergabe an Dienstleister des Verantwortlichen

Die Rechtsgrundlagen zur Verarbeitungstätigkeit bilden:

- Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf)
- Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg)
- Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG)
- Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG)
- Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes im Land Brandenburg (BbgAbwAG)
- Abgabenordnung (AO)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Mess- und Eichgesetz (MessEG) i.V.m. Mess- und Eichverordnung (MessEV)
- Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV)
- Satzungen des GWAZ

Sofern der GWAZ Daten zu einem anderen als den oben angegebenen Zwecken verarbeiten möchte, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 13 Abs.4 DS-GVO informiert.

3 Datenquellen

Es werden personenbezogene Daten verarbeitet, die zur Erfüllung der öffentlichen Wasserver- und Abwasserentsorgung notwendig sind. Soweit es für die Erfüllung dieser öffentlichen Aufgaben zweckmäßig ist, werden personenbezogene Daten von öffentlichen Stellen wie Gemeinden und Städten und weiteren öffentlich zugänglichen Quellen (Schuldnerverzeichnis, Grundbücher, Liegenschaftskataster, Handels- und Vereinsregister, öffentlichen Bekanntmachungen, der Presse und aus dem Internet) zulässigerweise gewonnen. Im Vollstreckungsverfahren können Daten bei Drittschuldnern (z.B. Kreditinstituten oder Arbeitgebern) erhoben werden.

4 Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten ergibt sich aus den o.g. Rechtsgrundlagen des GWAZ. Bei Nichtbereitstellung personenbezogener Daten kann Ihr Antrag/ Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden.

5 Datenübermittlungen

Der GWAZ übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person.

Die Daten werden an folgende Dritte übermittelt:

- Dienstleister für die Durchführung der dezentralen Abwasserentsorgung
- Dienstleister für den Druck, Kuvertierung und Versendung von Zählerablesezetteln, Rechnungen und Abgabebescheiden
- Dienstleister für Online-Zählerstandserfassung
- Planungs- und Vermessungsbüros sowie Bauunternehmen zur Herstellung, Änderung, Umverlegung und Reparatur von Haus- und /oder Grundstücksanschlüssen
- Kreditinstitute für die Abrechnung sowie Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Rechtsanwälte/ Insolvenzverwalter bei der Forderungsverfolgung im jeweiligen Insolvenzverfahren
- Wirtschafts- und Betriebsprüfer
- IT-Dienstleister zur Aufrechterhaltung unserer IT-Infrastruktur
- öffentliche Stellen in begründeten Fällen wie Vollstreckung, Zwangsversteigerungen, Grundbuchsicherungen und Gerichtsverfahren
- zuständige Prüfbehörden und staatlich anerkannte Prüfstellen für Messgeräte Wasser

Die weitergegebenen Daten dürfen von den Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Eine Datenübermittlung an Drittstaaten/ internationale Organisationen erfolgt nicht.

6 Automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling)

Es erfolgt keine personenbezogene automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling).

7 Speicherfristen

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie es für das öffentlich-rechtliche Nutzungsverhältnis oder das Vertragsverhältnis notwendig ist. Die bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen werden dabei berücksichtigt. Nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, die sich insbesondere aus dem Handels- und Steuerrecht ergeben (insbesondere §§ 147 AO und 257 HGB), werden diese Daten gelöscht. Die übrigen Daten speichern wir, solange diese zur Erfüllung eines konkreten Zwecks benötigt werden und löschen diese nach dem Wegfall des Zwecks.

8 Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, werden der betroffenen Person nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt, die (ausg. Punkt 8.5) zweckmäßigerweise bei der unter Punkt 1.2 benannten Stelle geltend zu machen sind.

8.1 Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

Jede betroffene Person hat

- a) nach Art. 15 DS-GVO einen individuellen **Auskunftsanspruch** über ihre durch den Verantwortlichen verarbeiteten personenbezogenen Daten, insb. über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 8 dieser allg. Information,
- b) nach Art. 16 DS-GVO das Recht, von dem Verantwortlichen die **Berichtigung** von unrichtigen oder die **Ergänzung** von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,
- c) nach Art. 17 DS-GVO aus den darin genannten Gründen das Recht, von dem Verantwortlichen die **Löschung** der betreffenden personenbezogenen Daten zu beantragen und
- d) unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO das Recht, die **Einschränkung** der Datenverarbeitung zu fordern.

8.2 Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 (1) Buchstabe e DS-GVO widersprechen, sofern der Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann.

8.3 Datenübertragbarkeit

Erfolgt die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens auf Grundlage einer Einwilligung der betroffenen Person, so hat sie das Recht, die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu verlangen.

8.4 Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht und die Art und Weise, wie dieser erfolgen kann, informiert.

8.5 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechts bei nachfolgender Behörde zu beschweren:

Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg
Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow
Telefon: 033203 356-0, Fax: 033203 356-49
E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de
Internet: www.lda.brandenburg.de

9 Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch den Verantwortlichen eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt der Verantwortliche die betroffene Person darüber.